

## Gel(i)ebte Mitbestimmung?! Ein Netzwerk für Kinder- und Jugendpartizipation in Kommunen

Mitbestimmung ist ein beliebtes Thema – besonders wenn es um Kinder und Jugendliche geht. Alle reden von Partizipation: Politische Verantwortungsträger/-innen, Verwaltungsmitarbeitende, Fachkräfte und Medien wollen Beteiligung als Basis unseres demokratischen Werteverständnisses stärken, sei es durch so genannte „Bürgerdialoge“, Jugendkonferenzen oder ähnliche Instrumente.

Die Partizipation von Jugendlichen an politischen Entscheidungsprozessen zu stärken, gilt als übergeordnete Zielsetzung. In der Kinder- und Jugendarbeit sind Ausführungen zu den Möglichkeiten von Kindern und Jugendlichen, auch an der Gestaltung von Maßnahmen partizipativ mitwirken zu können, zwischenzeitlich fester Bestandteil von Förderanträgen geworden. Paradoxerweise nehmen zeitgleich das Lobbying und die Kampagnenarbeit für Beteiligung zu, so dass der Ruf nach mehr tatsächlicher Einbindung trotz vielfältiger Bemühungen lauter wird. Es scheint also eine Diskrepanz zwischen der gelebten Realität bzw. der tatsächlichen Umsetzung und der steten Betonung der Wichtigkeit von Partizipation zu geben.

Die folgenden Ausführungen reflektieren die Erfahrungen aus einem Prozess zur Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung, der unter der Moderation des Studienbereichs Jugend der Evangelischen Akademie Meißen 2011 begonnen hat. Einen zweiten Aspekt bilden einige Ausführungen zu den fachpolitischen Rahmenbedingungen von Kinder- und Jugendpartizipation im Freistaat Sachsen. Damit wird der Fokus bewusst auf die konkrete Handlungs- und Bezugsebene von Akteuren der Kinder- und Jugendhilfe in Ostdeutschland gelegt. Grundsätzliche fachpolitische Fragen zu Partizipationsmöglichkeiten aufgrund differenter materieller Lebenslagen oder eine Kommentierung des aktuellen Zustandes der politischen Entscheidungsprozesse

auf europäischer, Bundes- oder Länderebene sind an anderer Stelle umfassend bearbeitet worden.



### Partizipation hat vielfältige Formen – und beginnt bei der Veranstaltungsorganisation

Im Jahr 2011 entstand aus der Analyse verschiedener politischer Entwicklungen und bis dahin erarbeiteter Tagungsergebnisse in Meißen die Vision, mit einer Fachveranstaltung das Recht der Kinder und Jugendlichen auf Partizipation aufzugreifen und einen Erfahrungsaustausch zwischen Akteuren aus unterschiedlichen Bundesländern zu ermöglichen. Daher bildete sich ein Vorbereitungsteam, zunächst zusammengesetzt aus dem Deutschen Kinderhilfswerk e.V., dem Deutschen Kinderschutzbund Landesverband Sachsen e.V. und einzelnen Landesjugendringen. Die Zusammensetzung des Veranstaltungsteams war allerdings einem großen Veränderungsprozess unterworfen. Während sich die Landesjugendringe schließlich zurückzogen, entschieden sich weitere bundes- und landesweite sowie überregionale und kommunale Akteure zur Mitwirkung und ein Tagungstermin für Herbst 2014 konnte avisiert werden.

In mehreren Vorbereitungstreffen wurde als Thema der Tagung miteinander definiert, sich über konkrete Wege zur gelingenden Partizi-

pation in Kommunen auszutauschen. Zwei zentrale Debatten prägten den Vorbereitungsprozess: Wie kann es gelingen, bei der Vorbereitung und Gestaltung der Tagung dem Anspruch der Partizipation gerecht zu werden? Das Ziel war es dabei, nicht ausschließlich auf das Tagungsteam zurückzugreifen, sondern Anliegen und Expertise der Fachpraxis einzubinden. Mittels eines „CALL FOR BETEILIGUNG von Anfang an“ wurde daher einige Monate vor der Veranstaltung bundesweit dazu eingeladen, Ansätze, Konzepte und Erfahrungen einzusenden. Aufgrund der Eingänge identifizierte das Tagungsteam drei unterschiedliche Formen von Partizipation: von der kommunalen Verwaltung initiierte, in der Fachpraxis entwickelte oder von Jugendlichen selbst gestaltete Ansätze.

Die zweite Debatte setzte sich mit der Frage auseinander, ob und in welcher Form Jugendliche beteiligt werden sollen, ohne dass ein Charakter einer paternalistischen Tagung oder einer „Alibi“-Beteiligung entsteht. Über Kooperationspartner und eigene Strukturen aktivierten die Mitglieder des Tagungsteams Jugendliche aus verschiedenen Bundesländern und unterbreiteten ihnen das Angebot, ihre Perspektiven einzubringen, in welcher Form qualitativ angemessene Mitbestimmung gestaltet sein sollte. Dafür stellte das Tagungsteam den Jugendlichen drei Stunden des Programms zur freien Verfügung. Zur Vorbereitung trafen sich Jugendliche aus mehreren Orten für einen Sonabend in Leipzig, um den Programmpunkt „Mitbestimmung I(i)eben – Gel(i)ebte Mitbestimmung gestalten“ vorzubereiten. Dabei wurden sie durch Mitglieder aus dem Tagungsteam beraten. Die Jugendlichen, keinesfalls alle aus Partizipationsprojekten stammend, entwickelten ein ansprechendes, kurzweiliges und weiterführendes Programm mit Plenar- und Gruppenphasen für die über 230 Teilnehmenden. Hinzu kam die konkrete Einbindung in die zentrale Podiumsdiskussion während der Veranstaltung.<sup>1</sup>

Auch in einer zweiten Form banden wir die Stimmen von Jugendlichen gezielt in die Veranstaltung ein: Ein Kooperationspartner führte an unterschiedlichen Orten der Jugendarbeit Interviews mit Jugendlichen zum Thema. Der daraus entstandene Film wurde während der Veranstaltung gezeigt.

Als äußerst ansprechend erlebten Tagungsteam und Teilnehmende die Möglichkeit, die Veranstaltung im Neuen Rathaus Leipzig umzusetzen – dem Ort, an dem heute u. a. auch das neue Stadtjugendparlament tagt.



### Partizipation als fachpolitische Realität in Sachsen

Während in der Organisation der Veranstaltung also vielfältige Projekte und Initiativen zur Stärkung von Kinder- und Jugendbeteiligung auf der kommunalen Ebene Eingang fanden, soll auch der Blick auf die aktuellen politischen Rahmungen im Freistaat Sachsen nicht außer Acht bleiben.<sup>2</sup>

Es kommt eine Bewegung in die fachpolitischen Entscheidungen, die auch zwingend notwendig erscheint: Im Jahr 2011 begann – auch aus den Strukturen der Evangelischen Trägergruppe heraus – ein überregionaler Prozess zur Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit, der unter anderem in die „Meißner Thesen zur Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit in Ostdeutschland“ mündete. Darin heißt es:

*„Interessenvertretungen, Allianzen und Netzwerkstrukturen für die Kinder- und Jugendarbeit müssen auf- und ausgebaut werden. Hierzu zählen kinder- und jugendpolitische Beteiligungs- und Vertretungsstrukturen wie Kinder- und Jugendparlamente, Kinder- und Jugendräte, Kinder- und Jugendbüros, Kinder- und Jugendbeauftragte oder auch Lokale Bündnisse für Kinder und Jugendliche.“<sup>3</sup>*

Dabei wird die Kinder- und Jugendarbeit als Teil einer eigenständigen Kinder- und Jugendpolitik verstanden und zudem ein Mangel oder

eine fehlende Existenz an tatsächlichen Beteiligungsmöglichkeiten in politischen Entscheidungsprozessen konstatiert. In welcher konkreten Form diese ausgestaltet sein könnte, wird aktuell durch die „Qualitätsstandards für kommunale Kinderinteressenvertretung“ im Detail definiert.<sup>4</sup> Auch der „Vierte Sächsische Kinder- und Jugendbericht 2014“ greift das Handlungsfeld Beteiligung auf und etikettiert diese für die Jugendarbeit als ein „zentrales Anliegen“.<sup>5</sup> In ihrem Koalitionsvertrag benennt die aktuelle Landesregierung in Sachsen dann auch nicht nur, dass Bürgerbeteiligung allen Altersschichten offen stehen soll, sondern weiter heißt es: „Jugendliche sollten darin bestärkt und gefördert werden, sich an demokratischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen und ihre Belange in Schulen, Betrieben und Vereinen einzubringen. Um diese Zielsetzung zu unterstützen, werden die Sächsische Gemeindeordnung und die Sächsische Landkreisordnung um eine Regelung dahingehend ergänzt, dass Kinder und Jugendliche an den sie betreffenden Entscheidungen der Kommune beteiligt werden sollen.“ Eine Qualität der fachlichen Umsetzung allerdings wird nicht benannt. Gleichwohl halten die Koalitionspartner



fest, dass „dazu eine Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung [... installiert und ...] mit finanziellen Mitteln entsprechend aus[gestattet wird].“<sup>6</sup> Und so definiert folgerichtig das Sächsische Landesjugendamt nun das Planungsvorhaben für die aktuelle Legislatur: „Entwicklung/Etablierung einer [...] eigenständigen Jugendpolitik, die sich auf Teilhabe und Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen stützt und sich an den Bedarfen und Bedürfnissen junger Menschen ausrichtet“.<sup>7</sup>

Ein detailliertes Konzept hierfür wurde 2013-2014 vom Kinder- und Jugendring Sachsen e. V. im Rahmen eines Auftragsprojektes entworfen und vorgestellt; das weitere Vorgehen war bis zum Redaktionsschluss offen. Parallel dazu verständigt sich die Trägerlandschaft bereits trotzdem weiter und so haben der Kinder- und Jugendring Sachsen e. V. und die Evangelische Akademie Meißen begonnen, in Kooperation mit einer Vielzahl von sächsischen Akteuren „BeteiligungsWerkstätten zur Entwicklung von Kriterien für jugendgerechte Kommunen in Sachsen“ durchzuführen. In den Jahren 2015 und 2016 arbeiten mehrere Fachtagungen, auch mit konkreter Beteiligung von Jugendlichen, in diesem Rahmen Kriterien aus.

**Gelebte Beteiligung in der Jugendarbeit –  
mehr als nur politisches Handeln!**

Die Möglichkeit zur Partizipation allein als Konsequenz von politischen Entscheidungen und der Durchsetzung von Verpflichtungen aus der UN-Kinderrechtskonvention, der EU-Grundrechtscharta oder Bundesrecht (Grundgesetz, Sozialgesetzbuch) zu betrachten, würde allerdings der fachlichen Verantwortung der einzelnen Akteure nicht gerecht. Auch die Jugendarbeit selbst ist aufgefordert, differenzierte Wege einer tatsächlichen Beteiligungskultur zu gestalten und umzusetzen. Die Optionen für eine gelingende Praxis sind zahlreich und wurden während der hier skizzierten Fachtagung durch beteiligte Experten/-innen vorgestellt (s. Kasten).

Diese Hinweise und die Erfahrungen aus knapp fünf Jahren Netzwerkarbeit für Kinder- und Jugendbeteiligung in Sachsen und in Ostdeutschland zeigen: Es gibt zahlreiche praktische Möglichkeiten, die Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Gestaltung von Tagungen und auf kommunaler Ebene zu fördern. Die Impulse, die auf dieser konkreten Handlungsebene von Fachkräften und auch aus dem Engagement von Jugendlichen heraus gesammelt werden, gilt es auf Landes- und Bundesebene in jugendpolitisches Handeln zu übersetzen. Die Vernetzung mit unterschiedlichen Akteuren hat sich dabei als eine produktive und zukunftsweisende Form der Zusammenarbeit erwiesen.



### **Ausgewählte Projektbeispiele für Kinder- und Jugendbeteiligung in der Kommune:**

- > ein Projektplanungsbogen als Controllinginstrument für Stadtentwicklung mit Kindern und Jugendlichen
- > die Familienverträglichkeitsprüfung als Baustein einer familienfreundlichen Stadtentwicklung
- > Beteiligungsprojekte für Spielraumideen in der Landschaftsarchitektur
- > die (wortwörtliche) Wahrnehmung von Jugendliche in einer Großstadt durch ein differenziertes Kampagnenprojekt mit Fernsehsendungen, Veranstaltungen etc.
- > ein Jugendmedienprojekt, in dem Jugendliche andere Jugendliche in Foren und Chats zu ihnen wichtigen Themen und Fragen beraten
- > eine Online-Wahl zum kommunalen Jugendparlament als e-Partizipation
- > Kinderrechte-Entdeckertouren – mit Geocaching können die Kinder und Jugendlichen ihre Kommune entdecken und in der Folge auch gestalten
- > die Nutzung des Computerspiels Minecraft als Beteiligungsinstrument für die Gestaltung von Kommunen durch Jugendliche<sup>8</sup>
- > Jugendfonds/Jugendprojektfonds/Kinder- und Jugendjurs als Entscheidungsinstrument für Kinder und Jugendliche
- > eine digitale Plattform über selbstorganisierte Projekte junger, kreativer Menschen in Verbindung mit formeller Stadtentwicklung
- > Beteiligung beim Aufbau von Räumen für Skateboarding
- > die partizipative Gestaltung von Gedenkkulturprojekten mit Jugendlichen
- > formelle Wege vom Jugendstammtisch über den Stadtschülerrat bis hin zum Jugendparlament
- > eine Verpflichtung auf das Siegel „Kinderfreundliche Kommune“
- > Anwendung von Qualitätsstandards der Beteiligung auf allen Ebenen und in Prozessen der kommunalpolitischen Entscheidungs- und Verwaltungsabläufe

## Anmerkungen

<sup>1</sup> Vgl. Programm der Fachtagung „Gel(i)ebte Mitbestimmung“.

Online verfügbar: [www.ev-akademie-meissen.de/akademie/jugend.html](http://www.ev-akademie-meissen.de/akademie/jugend.html), Zugriff: 14.09.2015.

<sup>2</sup> Vgl. zur Entwicklung der Jugendpolitik auf Bundesebene den Beitrag von Klaus Waldmann in diesem Band.

<sup>3</sup> Meißner Thesen zur Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit in Ostdeutschland – Aufruf zur Fortsetzung einer notwendigen Diskussion vom 29.11.2011. Online verfügbar: [http://www.ev-akademie-meissen.de/fileadmin/studienbereich/Jugend/texte/Stellungnahmen/Meissner\\_Thesen\\_Kinder-\\_und\\_Jugendarbeit\\_Ostdeutschland.pdf](http://www.ev-akademie-meissen.de/fileadmin/studienbereich/Jugend/texte/Stellungnahmen/Meissner_Thesen_Kinder-_und_Jugendarbeit_Ostdeutschland.pdf), Zugriff: 14.09.2015, S. 2.

<sup>4</sup> Vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft Kommunale Kinderinteressenvertretungen (2015): Qualitätsstandards für kommunale Kinderinteressenvertretungen.

<sup>5</sup> Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz (2014): Vierter Sächsischer Kinder- und Jugendbericht, S. 207.

<sup>6</sup> „Sachsens Zukunft gestalten“. Koalitionsvertrag 2014 bis 2019 zwischen der CDU Sachsen und der SPD Sachsen vom 10. November 2014, S. 37 f.

<sup>7</sup> Sächsisches Landesjugendamt (2015): Planungsvorhaben des Sächsischen Landesjugendamtes für die 6. Amtsperiode des LJHA. BV 9/2015, S. 1.

<sup>8</sup> Vgl. Beitrag von Tobias Thiel in diesem Band.